

Niederschrift zur 8. öffentlichen Sitzung des Beirates Vegesack am Montag, den 15. Januar 2024 um 18:30 Uhr im Sitzungssaal des Ortsamtes Vegesack, Gerhard-Rohlfis-Straße 62, 28757 Bremen, Sitzungssaal.

Beginn: 18:30 Uhr
Ende: 22:10 Uhr

Vorsitzender: Gunnar Sgolik
Schritfführerin: Sabrina Hellmann

Tagesordnung:

- TOP 1: Genehmigung der Protokolle
- der 5. Sitzung vom 16.10.2023
 - der 6. Sitzung vom 20.11.2023
- TOP 2: Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat
- TOP 3: Vergabe von Globalmitteln des Beirates Vegesack
- TOP 4: Aktueller Sachstand zum alten Schulgebäude Fährer Flur
- TOP 5: Aktuelle Entwicklung und Erläuterungen zum Zeitplan der Sanierung der Eisenbahnbrücke Hermann-Fortmann-Straße
- TOP 6: Änderungen der Geschäftsordnung des Beirates Vegesack
- TOP 7: Anträge und Anfragen der Parteien
- TOP 8: Mitteilungen des Ortsamtsleiters
- TOP 9: Mitteilungen der Beiratssprecherin
- TOP
- 10: Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Anwesende Mitglieder:

Sabine Rosenbaum	Heiko Werner	
Heike Sprehe	Fethi Kandaz	
Holger Bischoff	Eyfer Tunc	ab 18:57 Uhr
Gabriele Jäckel	Thomas Pörschke	
Andreas Kruse	Maximilian Neumeyer	ab 18:53 Uhr
Ingo Schiphorst	Ines Schwarz	
Michael Alexander		
Norbert Arnold		

Entschuldigt abwesend waren:

Nicole Poker	Natalie Lorke
--------------	---------------

Weitere Gäste:

Herr Wilhelm	DB Infra GO
Herr Mysegades	DB Infra GO
Herr Känelshen	Immobilien Bremen

Herr Sgolik eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Auf Wunsch von Herrn Schiphorst sollen sein Antrag sowie der Bürgerantrag von Frau Tosonowski zum Thema Grundschule Fährer Flur unter dem TOP 4 behandelt werden.

Der Beirat beschließt den Vorschlag von Herrn Schiphorst zur Änderung der Tagesordnung einstimmig.

Weiter wird mitgeteilt, dass die Sitzung für die Protokollerstellung aufgezeichnet und im Anschluss gelöscht wird.

Tagesordnungspunkt 1

Genehmigung der Protokolle vom 16.10.2023 und 20.11.2023

Die Niederschriften werden in der vorliegenden Form genehmigt.

Tagesordnungspunkt 2

Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat

Dem Ortsamt Vegesack liegen zwei schriftlichen Wünsche/Anträge von Bürger: innen vor.

Eheleute Schultze-Meyer – Funkmast Lerchenstraße

Fam. Schultze-Meyer begrüßt es sehr, dass der Beirat sich zur Vermeidung einer Gesundheitsgefährdung von Kindern gegen einen Standort in der Nähe einer Sporthalle ausgesprochen hat. Offensichtlich wird allerdings eine Gesundheitsgefährdung der Anwohner im Bereich des präferierten Standortes an der Lerchenstraße hingenommen. Unser ständig bewohntes Wohnhaus befindet sich ebenfalls in unmittelbarer Nähe des geplanten Funkmaststandortes in der Lerchenstraße. Wir bitten Sie daher, ihre Entscheidung bzgl. des Standortes an der Lerchenstraße nochmals zu überprüfen und einen Funkmaststandort nur in angemessener Entfernung zu einer Wohnbebauung zu präferieren.

Herr Rosiejka – Unterlagen zu Gräbern

Herr Rosiejka fordert den Beirat auf sich dafür einzusetzen, dass die Akten der staatlichen Verwaltung des Friedhofs Neu-Aumund betreffend der Gräber von Margarete und Bernhard Söhner für historische Forschung zur Verfügung gestellt werden.

Frau Nerger bedankt sich für das Antwortschreiben zu ihrem letzten Anliegen bzgl. der Arend-Klauke-Straße. Leider muss sie feststellen, dass sich diesbzgl. nichts getan hat, und der Weg nach wie vor eine große Gefahr für alte Leute sowie Schulkinder sei. Sie bitten nochmals hier dringend tätig zu werden.

Tagesordnungspunkt 3

Vergabe von Globalmitteln des Beirates Vegesack

Herr Sgolik teilt mit, dass der Beirat Vegesack am Anfang des Jahres immer über zwei Verwendungszwecke für Globalmittel berät. Zum einem sind es Mittel für repräsentative Zwecke des Beirates Vegesack über 1000,- EUR. Zum anderen sind es die Mittel für den Jugendbeirat über 10.000 EUR.

Herr Schiphorst wünscht, dass die Anträge einzeln abgestimmt werden.

Beschluss:

- 1) *Der Beirat beschließt mehrheitlich die Bereitstellung von 1.000,- EUR für repräsentative Mittel.*
- 2) *Der Beirat beschließt mehrheitlich dem Jugendbeirat 10.000,- EUR zur Verfügung zu stellen. Sollten Gelder vom Jugendbeirat nicht verbraucht werden, so fließen diese automatisch dem Etat des Beirates Vegesack wieder zu.*

Tagesordnungspunkt 4

Aktueller Sachstand zum alten Schulgebäude Fährer Flur

Herr Sgolik teilt mit, dass es am 16.10.2023 eine Beiratsbefassung zum Neubau der Schule Fährer Flur gab. IB musste damals absagen. Leider hat man ein paar Tage nach der Sitzung aus der Zeitung erfahren, dass man über das alte Gebäude bei Plänen von „Wohnen“ statt „Ergänzungsnutzung für die Schule“ sprach. Zu dem heutigen Tagesordnungspunkt gibt es ergänzend zwei Anträge von Herrn Schiphorst und Frau Tosonowski (Elternbeirat der Schule Fährer Flur).

Herr Känelschen berichtet den Anwesenden, dass es nicht geplant ist und war, dass alte Schulgebäude zu verkaufen. Es wurde sich darauf verständigt, dass wenn das neue Gebäude gebaut ist, dass alte Gebäude frei gezogen wird. Im BP ist festgehalten, dass es dann als Wohnbaufläche ausgewiesen wird, mit dem Hinweis, dass es sich um ein erhaltenswertes Gebäude handelt, damit es nicht abgerissen wird. Sollte keine schulische Nutzung mehr erfolgen, würde das Konzept „Wohnen“ umgesetzt werden. Bevor ein Gebäude in die Vermarktung gegeben wird, werden alle Ressorts gebeten zu gucken, ob es selbst benötigt wird. Eigene Bedarfe werden somit erst berücksichtigt. Wenn keine Bedarfe gemeldet werden, wird das Gebäude/Grundstück mit einem Erbbaurecht vermarktet, damit es lange im Bestand der Stadt bleibt.

Herr Schiphorst teilt mit, dass vor einer Vermarktung der Beirat zu beteiligen ist.

Herr Arnold ist der Meinung, dass der Beirat bei einer Umnutzung des Gebäudes dieses in der äußeren Substanz so erhalten bleiben muss. Hier muss die Umnutzung in ein Stadtentwicklungskonzept eingebunden werden. Weiter teilt Herr Arnold mit, dass der Schulhof inkl. Baumbestand den jetzigen Schüler: innen weiter zur Verfügung stehen muss.

Herr Kruse sagt, dass nach der Fertigstellung des Neubaus wieder zu prüfen ist, ob das alte Gebäude für schulische Zwecke noch gebraucht wird. Vorher darf kein Verkauf oder eine Umnutzung des Gebäudes erfolgen.

Herr Pörschke hätte heute Abend eine Vorstellung gewünscht, wie der aktuelle Zustand des Gebäudes, ohne eine schulische Nutzung, zu bewerten ist. Hat das Gebäude einen hohen Investitionsstau? Ist der Baukörper in einem guten Zustand?

Herr Känelschen antwortet, dass das Gebäude bewertet wurde. Das Ergebnis hat gezeigt, dass ein Neubau einer Schule kostengünstiger ist als eine Sanierung. Der Zustand des Gebäudes ist sehr schlecht. Bisher ist ein erneuter Bedarf nicht von der Behörde gemeldet worden. Ein Bedarf würde aber grundsätzlich von IB vor jeder Veräußerung und/oder Umnutzung abgefragt werden.

Frau Sprehe sagt, dass ein „ruhiges“ Wohnen in dem Gebäude eher unwahrscheinlich ist, da die Zuwegung zum neuen Gebäude über das alte Gelände verläuft. Dies muss beim Thema Weiternutzung berücksichtigt werden. Ab wann wird sich um die Weiternutzung des Gebäudes gekümmert?

Herr Känelchen antwortet, dass mit einer Vermarktung für eine Weiternutzung sehr lange gewartet wird (3 Jahre). Alle anderen Fragen müsste hier die Bildungsbehörde beantworten. IB baut nur nach dem Bedarf der von der Behörde gemeldet wird.

- 5. Minuten Pause

Beschluss (Einstimmig):

Der Beirat Vegesack bekräftigt seinen Beschluss aus der Sitzung vom 16.10.2023 bzgl. der ergänzenden Nutzung (Punkt 6). Einen zusammengefassten Bericht zum allgemeinen Zustand des Gebäudes soll dem Beirat Vegesack mitgeteilt werden. Die Ergebnisse der Eigenbedarfsprüfung sind mitzuteilen und vorzustellen. Der Beirat Vegesack muss vor Vermarktungsbeginn und Abfrage der Bedarfe informiert und beteiligt werden. Die Senatorin für Kinder und Bildung soll die Schulbedarfszahlen für Vegesack zu gegebener Zeit (Mai 2024) vorstellen.

Antrag des Beirates Vegesack (Einstimmig):

1. *Der Beirat Vegesack fordert den Erhalt des Gebäudes der Grundschule Fährer Flur und das Grundstück für eine öffentliche Nutzung ggf. als Schulerweiterungsfläche vorzuhalten.*

In diesem Zusammenhang fordert der Beirat:

- *den Senator für Finanzen und die Immobilien Bremen,*
- *die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung, die städtische Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung und das Bauamt Bremen-Nord,*
- *die Senatorin für Kinder und Bildung und*
- *das Landesamt für Denkmalpflege Bremen*

auf, im Rahmen Ihrer jeweiligen Zuständigkeit

- *das Grundstück nicht zu veräußern, und bis zur Fertigstellung des Neubaus auch kein Erbbaurecht auf ihm einzuräumen;*
- *das „besonders erhaltenswerte“ Gebäude weder selbst noch durch Dritte abreißen zu lassen;*
- *bei zusätzlicher Bebauung auf dem Grundstück eine ausreichende Freistellung des „besonders erhaltenswerten“ Gebäudes zu gewährleisten;*
- *das Vorstehende durch eine Veränderungssperre abzusichern;*

- *die zukünftige Nutzung des erhaltenswerten Schulgebäudes muss in ein Stadtentwicklungskonzept eingebunden werden und weiterhin viel Grundstücksfläche für Schüler: innen zugänglich lassen. Das Konzept ist mit dem Beirat Vegesack abzustimmen.*
2. *Weiter bekräftigt der Beirat seinen Beschluss aus der Sitzung vom 16.10.2023 bezüglich der ergänzenden Nutzung - Punkt 6:*
 - *Das alte Schulgebäude sollte für ergänzende Nutzungen, insbesondere für soziale Arbeit, W+E Räumlichkeiten und Besprechungsräume genutzt werden.*
 3. *Der Beirat fordert einen zusammengefassten Bericht zum allgemeinen Zustand des Gebäudes. Dieser soll dem Beirat mitgeteilt werden.*
 4. *Ergebnisse der Eigenbedarfsprüfung sind mitzuteilen und vorzustellen.*
 5. *Der Beirat muss vor Vermarktungsbeginn und der Abfrage zu Bedarfen der öffentlichen Hand informiert und beteiligt werden.*
 6. *Die Senatorin für Kinder und Bildung soll die Schulbedarfszahlen (nach dem zweiten Statusbericht im Mai) vorstellen.*

Tagesordnungspunkt 5

Aktuelle Entwicklung und Erläuterungen zum Zeitplan der Sanierung der Eisenbahnbrücke Hermann-Fortmann-Straße

Herr Sgolik berichtet, dass Herr Wilhelm und Herr Mysegardes von der DB Infra GO heute über den aktuellen Sachstand bzw. auch über die Verzögerung der Baumaßnahme berichten werden.

Herr Wilhelm stellt anhand einer Präsentation den aktuellen Sachstand vor. Weiter wird er ausführen, warum es zu einer weiteren Verschiebung des Zeitplans gekommen ist.

Das alte Brückenbauwerk aus dem Jahr 1919 wurde abgetragen, da es sich nicht mehr in einem tragfähigen Zustand befand. Beim Erstellen des Ersatzbaus wurde vereinbart, dass die Durchfahrtshöhe sowie die Breite der Durchfahrt beibehalten werden soll. Da der Zugverkehr weitestgehend beibehalten werden sollte, wurde mit einer Behelfsbrücke gearbeitet. Damit die Brücke entfernt wird, muss die Strecke gesperrt werden. Hierfür benötigt man Sperrpausen. Die Beantragungen der Sperrpausen haben leider immer eine sehr lange Vorlaufzeit. Nach dem Abriss der Brücke gab es dann neue Erkenntnisse zum Baugrund, dadurch war man gezwungen die neue Situation zu überprüfen und zu beurteilen, was einiges an Zeit gekostet hat. Somit konnte die eigentliche Sperrpause für das Einsetzen der neuen Brücke nicht eingehalten werden. Das Einsetzen soll nun im Sommer 2024 erfolgen. Dies bedeutet, dass zeitgleich mit den Streckensperrzeiten wegen der Stellwerkerneuerungen der DB in den gesamten Sommerferien die Strecke außer Betrieb genommen werden muss. Derzeit werden die Fundamente für das Einsetzen der neuen Brücke gefertigt. Im Mai 2026 wird dann die Straße wiederhergestellt, damit diese wieder genutzt werden kann.

Frau Sprehe teilt mit, dass die Baumaßnahme schnell abgeschlossen werden muss. Hier zählt wirklich jeder Monat!

Herr Kruse bemängelt, dass man 6 Jahre auf eine neue Brücke warten muss, die einem in der Höhe noch nicht mal einen neuen Nutzen gebracht hat.

Herr Schiphorst teilt mit, dass der alte Beirat es schlicht und ergreifend versäumt hat, einen Beschluss zur Durchfahrtshöhe zu fassen. Die Frist ist damals verstrichen und nun müssen die Bürger: innen damit klarkommen.

Herr Arnold ist der Meinung, dass ein Fuß- und Radweg unabdingbar ist.

Herr Alexander würde gerne erfahren, wann die neuen Erkenntnisse des Untergrundes bekannt wurden, und ob man nicht schon viel früher hätte tätig werden können. Weiter würde er es sehr begrüßen, wenn man die Option eines Fuß- oder Radweges nochmal prüfen möge.

Herr Mysegades antwortet, dass eine Brückenerneuerung in der Stadt sehr schwer umzusetzen ist. Vor Vergabe der Planung wurde die Stadt Bremen gefragt, ob es ein „Verlangen“ gibt, dass „Schiene mit öffentlicher Straße“ regelt. Die Stadt hat kein „Verlangen“ geäußert, somit muss die Stadt sich an den Kosten nicht beteiligen. Somit wurde die Brücke nur eins zu ein erneuert und nicht in der Breite vergrößert bzw. in der Höhe vertieft. Ansonsten hätte DB Netze 40 Prozent der Kosten tragen müssen und die Stadt die restlichen 60 Prozent. Nur leider betrifft das wohl nicht die Wünsche der Bürger. Weiter hat DBInfra GO leider keinen Einfluss auf die Sperrpausen, denn diese sind im Jahresbaubetriebsplan für 3 Jahre im Vorfeld festgelegt.

Herr Wilhelm wird sich erkundigen, ob es doch noch frühzeitig Vorschläge gibt, einen Fuß- und Radweg zu ermöglichen.

Herr Mysegades ergänzt seine Antwort auf die Nachfrage von Herrn Neumeyer, dass die DBInfra Go nur dafür zuständig ist, die Strecke zur Verfügung zu stellen. DB hat keinerlei Möglichkeiten der Nordwestbahn vorzuschreiben, wie sie Ihre Umläufe macht oder wie sie ihren Betrieb abwickeln.

Nach einer weiteren ausführlichen Diskussion beantragt Herr Schiphorst das Ende der Debatte. *Der Beirat stimmt einstimmig zu.*

Beschluss (Einstimmig):

- 1) *Die DB InfraGO, die Nordwestbahn und die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung sowie das Amt für Straßen und Verkehr werden aufgefordert, Möglichkeiten aufzuzeigen, die dargestellten Bautätigkeiten zu beschleunigen und die neuen Brückenteile schneller einzusetzen.*
- 2) *Weiterhin sollte mindestens ein Transfer von Fußgängern und Radfahrern möglich gemacht werden, um die Umleitungsverkehre abzumildern und den Einzelhandel zu entlasten.*
- 3) *Die Bautätigkeiten der Leitungsbetreiber müssen mit den Auftraggebern abgestimmt werden um weitere Verzögerungen zu vermeiden.*
- 4) *Die Regelung des Schienenersatzverkehrs in den Sommerferien 2024 soll von der Nordwestbahn im Verkehrsausschuss dargestellt werden, hierzu ist die zuständige Fachbehörde hinzu zu ziehen.*
- 5) *Des Weiteren verweist der Beirat auf dem Beschluss vom 15.12.2020 hin: Der Beirat Vegesack kritisiert, dass die Durchfahrtshöhe der Unterführung im Zuge der Baumaßnahme nicht zeitgemäß sind und angepasst werden.*

Tagesordnungspunkt 6

Änderungen der Geschäftsordnung des Beirates Vegesack

Herr Schiphorst legt den anwesenden Beiratsmitglieder seinen Vorschlag zur Änderung der Geschäftsordnung vor:

§ 1 Einberufung

Abs. 3 (neu) Einladungen zu öffentlichen Beirats- und Ausschusssitzungen sind auch den Mitgliedern des Jugendbeirates zuzusenden.

§ 4 Worterteilung

Abs. 5 (alt) wird Abs. 6

Abs. 5 (neu): Die Sprecherin bzw. der Sprecher des Jugendbeirates haben Rederecht entsprechend Abs. 1 bis 4.

§ 2 Tagesordnung

Abs. 7 (neu): Anträge und Anfragen aus dem Beirat oder Jugendbeirat, die keine vorgeschlagenen Tagesordnungspunkte betreffen, können bis spätestens 14 Tage vor der Sitzung eingebracht werden und sind schriftlich an das Ortsamt zu richten. Die Anträge **bzw. Anfragen** werden vom Ortsamt **in die Tagesordnung aufgenommen** und der Einladung zur Sitzung beigelegt.

Abs. 8 (neu): Anträge oder Anfragen aus dem Beirat oder Jugendbeirat, die keine vorgeschlagenen Tagesordnungspunkte betreffen, können abweichend von Abs. 7 bis spätestens zu Beginn der Sitzung eingebracht werden, wenn die Sache eine sofortige Behandlung erfordert und nicht fristgerecht gem. Abs. 7 beantragt werden konnte (Dringlichkeitsantrag bzw. -anfrage). Die Anträge bzw. Anfragen sind schriftlich (eine Ausfertigung für das Ortsamt, je eine Ausfertigung für jedes Beiratsmitglied und die Vertreter der Presse) vorzulegen, **dem Ortsamt und den Beiratsmitgliedern gegenüber jedoch spätestens zeitgleich mit der Herausgabe einer Pressemitteilung oder sonstigen Veröffentlichung über den Antrag bzw. die Anfrage**. Über die Dringlichkeit der Anträge oder Anfragen entscheidet der Beirat.

Abs. 9 (neu): Die Antrags- und Anfragerechte des Jugendbeirates werden durch dessen Sprecherin bzw. Sprecher wahrgenommen.

Fett = Änderungen gegenüber dem 1. Entwurf

Beschluss:

Die Änderungen der Geschäftsordnung werden einstimmig beschlossen.

Tagesordnungspunkt 7

Anträge und Anfragen der Parteien

Dringlichkeitsantrag der SPD: Geheimgespräch der AfD

Zur Dringlichkeit: Frau Sprehe teilt mit, dass in Potsdam ein Geheimgespräch der AfD stattgefunden hat. Der Beirat sollte hier zeitnah darauf reagieren. Somit ist die Dringlichkeit auch gegeben.

Herr Kruse sieht das Thema überhaupt nicht für den Beirat Vegesack. Er sieht keine Dringlichkeit, da es ein allgemeines Thema ist.

Abstimmung zur Dringlichkeit: Mehrheitlich beschlossen

Frau Sprehe verliest den Antrag der SPD:

Wir sind entsetzt über die Enthüllungen vom Redaktionsteam CORRECTIV, dass in einem Geheimgespräch von AfD-Mitgliedern, einschlägig bekannten Neonazis und Unternehmen ein Masterplan „Remigration“ vorgestellt und diskutiert wurde, der die Deportation von Flüchtlingen, Migrant*innen (auch mit deutschem Pass) und unliebsamen Deutschen nach Afrika vorsieht. Dies sind eindeutig faschistische Fantasien, die gegen die Verfassung und gegen das Grundgesetz verstoßen.

Der Beirat Vegesack distanziert sich von solchem faschistischen Gedankengut und wird solchem in Vegesack entschieden entgegentreten.

Begründung: Der Beirat Vegesack sollte schon ein entsprechendes Statement setzen müssen. Sie erinnert an die bereits stattgefundenen Demonstrationen. Viele Menschen haben hierzu mahnende Worte gefunden. Hier ist eine Grenze überschritten worden, wo auch der Beirat in Vegesack nicht stillhalten sollte, sondern die Politik, die auch in der Vergangenheit gemacht wurde, bekräftigen. Faschistisches Gedankengut ist im Beirat Vegesack nicht erwünscht!

Herr Werner möchte den Antrag gerne ablehnen, da der Antrag sachlich falsch ist. Das CORRECTIV ist eine pseudojournalistische Anstalt. Das angebliche Geheimgespräch war keines, denn zu diesem Treffen gab es Einladungen. Dann ist die Rede von AfD Mitgliedern gewesen. Hier waren aber lediglich nur 2 Mitglieder der AfD die an der Sitzung teilgenommen haben. Weiter haben auch zwei CDU Mitglieder teilgenommen. Ebenso würden Neonazis an solch einem „Bonzentreffen“ nicht teilnehmen.

Herr Pörschke teilt mit, dass sich der Beirat Vegesack schon einmal mit solch einem Thema beschäftigt hat. Er sagt, dass Herr Werner seine ganz eigene Vergangenheit hat, über die bisher geschwiegen wurde. Er ist nicht erstaunt, da Herr Werner, der bisher nicht durch Redewortbeiträge aufgefallen ist, sich in dieser Weise hier einbringt.

Herr Werner ruft hinein, dass Herr Pörschke auch genau wisse, warum er die letzten 6 Monate hier nicht reden durfte.

Herr Pörschke teilt weiter mit, dass man der Presse entnehmen konnte, dass Herr Werner erklärt hatte, dass er im Falle einer Wahl, das Beiratsmandat nicht annehmen wollen würden, da es eine Auseinandersetzung mit der Wählergemeinschaft gab, die Herrn Werner auf die Liste gesetzt hatte. Herr Pörschke fällt es auf, mit wieviel Engagement er sich nun heute in die Debatte mit einbringt und Personen, die Herrn Werner nahestehen, zur Seite springt. Er ist froh, dass die SPD diesen Antrag eingereicht hat!

Es ist die Aufgabe eines jeden Demokraten gegen dieses unsägliche, faschistoide Gedankengut gegenzuhalten.

Herr Neumeyer teilt mit, dass dieser Antrag inhaltlich wichtig ist. Ebenso ist es wichtig ein Zeichen zu setzen. Es wünscht dennoch eine Änderung des Antrages. Dieser sollte um das Wort „Rassismus“ ergänzt werden. Weiter ist im mittleren Teil das Wort „Verfassung“ zu

streichen, da das Grundgesetz unsere Verfassung ist. Weiter ist eine einfache Distanz des Beirates hier zu kurz. Die Bürgerschaft sollte hier aufgefordert werden, sich dem Thema ebenfalls anzunehmen.

Herr Schiphorst stimmt dem Antrag, mit den vorgebrachten Änderungen der CDU, zu.

Frau Sprehe sagt zu den Ausführungen von Herrn Werner, dass Sie entsetzt ist über das Engagement und über die Verharmlosungen die hier tatsächlich betrieben wurden.

Weiter stimmt Frau Sprehe den Änderungsvorschlägen des Antrages zu.

Herr Werner würde dem Antrag ja zustimmen, wenn Frau Sprehe sich selber von „den faulen Äpfeln“ der SPD absondern würden. Aber das will Frau Sprehe aus Machtpolitischen Interesse nicht.

Antrag nach Änderung:

Der Beirat Vegesack ist entsetzt über die Enthüllungen vom Redaktionsteam CORRECTIV, dass in einem Geheimgespräch von AfD-Mitgliedern, einschlägig bekannten Neonazis und Unternehmen ein Masterplan „Remigration“ vorgestellt und diskutiert wurde, der die Deportation von Flüchtlingen, Migrant*innen (auch mit deutschem Pass) und unliebsamen Deutschen nach Afrika vorsieht. Dies sind eindeutig faschistische und rassistische Fantasien, die gegen das Grundgesetz verstoßen. Der Beirat Vegesack distanziert sich von solchem faschistischen und rassistischen Gedankengut und wird solchem in Vegesack entschieden entgegnet. Der Beirat Vegesack fordert die Bürgerschaft ebenfalls auf, sich mit diesem Thema zu beschäftigen.

*Der geänderte Antrag wurde bei einer Enthaltung beschlossen.
Der Antrag wurde bei einer Ablehnung beschlossen.*

Antrag der SPD: Ersatzpflanzungen in der Fußgängerzone

*Der Beirat Vegesack fordert einstimmig für abgängige Bäume in der Fußgängerzone Gerhard-Rohlfstraße zeitnah eine Ersatzpflanzung.
Dies ist im Rahmen des Klimawandels eine wichtige Maßnahme der Hitzereduzierung in der städtebaulichen Struktur. Die Pflanzzeit 2023/2024 sollte hierzu genutzt werden.*

Begründung:

In der Fußgängerzone Gerhard-Rohlfstraße ist ein weiterer Bestandsbaum abgängig, weil seine Standsicherheit gefährdet war. Über eine Ersatzpflanzung kann der Umweltbetrieb Bremen keine Auskunft geben (laut Mitteilung an das Ortsamt Vegesack vom 20.10.2023)

Der Antrag wurde einstimmig beschlossen.

Antrag von Herrn Schiphorst: Ausgabestellen für „gelbe Säcke“ in den Ortsteilen Fähr-Lobbendorf und Vegesack und Bereitstellung von gelben Tonnen

Der Beirat Vegesack bittet die RMG Rohstoffmanagement GmbH zeitnah ausreichend gelbe Tonnen zur Verfügung zu stellen und um Einrichtung von Ausgabestellen für „Gelbe Säcke“ in

den Ortsteilen Fähr-Lobbendorf (südlich der A270) und Vegesack (im Bereich der Fußgängerzone), um die wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten.

Frau Sprehe hat den Antrag wie folgt ergänzt: ... ausreichend gelbe Tonnen zur Verfügung zu stellen...

Begründung:

Eine entsprechende Bitte des Beirates Vegesack aus früherer Befassung ist immer noch unerfüllt und die Ortsteile Fähr-Lobbendorf und Vegesack sind in Wohnortsnähe immer noch unversorgt.

Eine wohnortnahe Versorgung ist erforderlich, um die Mülltrennung zu fördern.

Dass die Einwohner der genannten Ortsteile 1-2 Rollen „Gelber Säcke“ (gar mit dem PKW) aus anderen Ortsteilen holen müssen, ist als Dauerlösung auch vor dem Hintergrund der Forderungen nach einer „10-Minuten-Stadt“ und einer „Verkehrswende“ unverträglich.

Der Antrag wurde mit der Ergänzung einstimmig beschlossen.

Weiter wird das Thema in den Fachausschuss verwiesen. Hierzu werden die Wohnungsbaugesellschaften eingeladen sowie das Vegesack Marketing eingeladen.

Antrag der CDU: Benannte Delegierte für die Seniorenvertretung respektieren

„Der Beirat Vegesack fordert die Seniorenvertretung dazu auf sein einstimmiges Votum für die Entsendung der Delegierten in den Beirat der Seniorenvertretung zu respektieren und allen entsendeten Mitgliedern die ihnen gemäß Statuten zustehenden Stimmrechte zu gewähren. Eine Neubesetzung lehnt der Beirat ab, da alle entsandten Mitglieder gemäß den Statuten gewählt worden sind. Des Weiteren lehnt der Beirat eine Änderung jener Statuten für die laufende Legislaturperiode, die das Ziel verfolgen einzelne Mitglieder auszuschließen, ab.“

Der Antrag wurde einstimmig beschlossen. Die Begründung aus dem Antrag der CDU wurde zurückgezogen.

Anfrage der CDU: Abriss der Strandlust

Die Anfrage der CDU zum Abriss der Strandlust wird zur Kenntnis genommen.

Tagesordnungspunkt 8

Mitteilungen des Ortsamtsleiters

- Die Mitteilungen wurden dem Beirat bereits per E-Mail zugestellt.

Alle anderen Tagesordnungspunkte werden auf Grund des Grundsatzbeschlusses, Tagesordnungspunkte nach 22 Uhr nicht mehr aufzurufen, vertagt.

Ende der Sitzung 22:10 Uhr.

Sgolik
Vorsitzender

Sprehe
Beiratssprecherin

Hellmann
Schriftführerin